

presse

SPD-Fraktion begrüßt die Forderung nach einer Frauenquote durch die Justizminister der Länder

Zur Ankündigung der Justizminister der Länder, eine Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände von Unternehmen einführen zu wollen, erklärt die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks:

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt ausdrücklich die Ankündigung der Justizminister der Länder, eine gesetzliche Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände von Unternehmen auf den Weg bringen zu wollen. Dies entspricht und unterstützt unsere Forderung nach gesetzlichen Maßnahmen.

Die Freiwillige Vereinbarung mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft und der Bundesregierung hat nichts bewegt. Sie ist in der Tat wirkungslos gewesen. Damit ist auch deutlich geworden, dass auf Freiwilligkeit von Unternehmen zu setzen, nicht zum Ziel führt. Die Erkenntnis in Unternehmen, dass sie mehr Frauen in ihren Führungsetagen benötigen, ist bei den meisten immer noch nicht angekommen.

Deswegen brauchen wir nun eine gesetzliche Quote für die Besetzung von Ausschüssen und Vorständen mit Frauen. Diese sollte mindestens 40 Prozent betragen.

Es ist ein Gebot der Geschlechtergerechtigkeit in unserer Gesellschaft und es ist ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft.

Die Bundesregierung muss endlich tätig werden.